

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur:
Rieser
Hauptstadt
Hauptstadt

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meßen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Dresden 1330
Verlag:
Rieser Nr. 22

Nr. 299.

Sonntag, 24. Dezember 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Einzelpreis für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewöhr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Gewöhr für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite, 10 mm hohe, 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffischlag, freie Zeile, Bemerklicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftigige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerin über der Verlegerin — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Dargatz & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Hauptstraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Rieser. Für Anzeigen: Wilhelm Hübner, Rieser.

Der politische Weihnachtstisch.

Das deutsche Volk hat sich in den Jahren, die dem Jahresende folgten, nachgerade daran gewöhnt, mit nicht allzu großen Erwartungen an den politischen Weihnachtstisch des 24. Dezember heranzutreten. Die bunte Kiste, die uns da alljährlich der politische Weihnachtstisch beibringt, ist nicht alljährlich ausgepackt. Es sind kleine Gaben, zuweilen sogar recht dürftige Gaben. Aber da die wirtschaftliche Misere uns immer und immer wieder zu der Erkenntnis zwingt, daß wir ein armes Volk geworden sind, dessen Luxus und Freuden mit den Einkommensverhältnissen in Einklang gebracht werden müssen, so haben wir es auch gelernt, an dem Wenigen, das uns der politische Weihnachtstisch beibringt, Gefallen zu finden und uns im Übrigen mit der Hoffnung zu begnügen, daß auch wir einst noch bessere und frohlichere Weihnachten erleben werden. Immerhin, die politische Weihnachtstisch dieses Jahres ist doch nicht ganz so dürftig und freudlos, wie dies früher, besonders in den Zeiten nach dem Zusammenbruch, der Fall war. Es gibt hier manches zu bewundern und zu bewundern, was ehemals nur Gegenstände einer Hoffnung waren, politische Weihnachtsgaben, die zwar nicht luxuriös ausgeschmückt sind, aber dennoch in praktischer Hinsicht unserer Politik wertvolle Vermehrungen finden können. So haben wir zu erkennen, daß der deutsche Widerstand des Jahres 1927 ein Volk unter sich vereint hat, das aufrichtiger geworden ist, freudiger an seine Wiederaufrichtung glaubt als früher, größere Duldsamkeit, ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl, ein größeres Arbeitsvermögen, eine festere Gesinnung in der gemeinsamen Erkenntnis des Notwendigen sich als politische Mittelzeug gewährt hat, das es nicht mehr missen möchte. Wohl ist es heute noch im deutschen Vaterlande allerorten Parteiparteien, feindliche Eifersüchteleien der politischen Gruppen und allerlei häßliche Momente, die die große Linie unseres Aufwandes trüben. Aber all dies häßliche und Zerfetzende ist schon seit längerer Zeit nicht mehr das Kernstück des deutschen Lebens der Nachkriegszeit. Das deutsche Volk hat in den Jahren seiner tiefsten Demütigung und seiner größten Verarmung manches und höchst dienliche gelernt. Es hat erkannt und in sein Bewußtsein aufgenommen, daß nur das Volk wirklich verloren ist, das an sich selbst verzweifelt und sich aufgibt. Das erkannt, daß die Dummheit eines Volkes, die Wehrlosigkeit einer Nation, der Reich und die Miskunst einer Umwelt nicht Mächte sind, die emig verlassen und verarmen können, wenn nur dieses Volk in sich selbst einfaßt, sein Rettungswort aus eigener Kraft schöpft, sich seiner Fähigkeiten entsinnt und diese Fähigkeiten mit seiner Arbeit zur fruchtbringenden Tat umwandelt.

So wird das deutsche Volk am heutigen Weihnachtstag mit froher Genugtuung feststellen können, daß im vergangenen Jahre in unseren Parlamenten entschieden sachlicher gearbeitet wurde, als früher, wo noch der Doh der Parteien und der Weltanschauungen die ernsthaften täglichen politischen Verhandlungen nicht zur Entfaltung kommen ließen. Wohl ist es auch heute noch einige politische Gruppen, die abseits stehen und ihre Parteiparteien lediglich in einem Reagieren des deutschen Deutschlands bekunden. Aber diese unermesslichen Gruppen der Reiner sind nur Reiz, in ihrem Nachdenken nur verschwindend. Sie sind die Ausnahmen, nicht die Regel. Können also in der Bewegung der heutigen innerpolitischen Lage keine Rolle mehr spielen. Die Masse des deutschen Volkes aber kennt kein Abseitsstehen. Die Hände aller Werktätigen, auf dem Boden des heutigen Deutschlands stehenden, haben sich zur gemeinsamen Arbeit, zu einem gemeinsamen Endziel gefunden. Das ist eine Tatsache, die nicht abzuschreiten ist und jedem sich offenbart, der objektiv und sachlich sich die Bilanz des politischen Schaffens im letzten Jahre stellt. In diese Tatsache nicht eine sehr schöne und freudig bunte Weihnachtsgabe? Eine Gabe, die nicht froh stimmen könnte? Das deutsche Volk wird sie sicherlich am heutigen Tage mit freudiger Genugtuung und in rechte weihnachtlicher Stimmung in Besitz zu nehmen wissen.

Ein pauschaliger Streikverbotswahnsinn hat uns außerdem ein recht freundliches Socarvolk an dem Weihnachtstisch gebracht. Das Licht hat zwar nur ein kleines Flämmchen. Und es ist noch lange nicht gesagt, daß die starken Winde aus dem Osten und dem Westen es tatsächlich doch nicht ausblasen werden. Was uns aber am heutigen Weihnachtstisch nicht hindern soll, das keine Socarvolk des Jahres 1927 als eine freundliche Gabe in dem Dunkel der Umwelt zu bestrahlen. Unsere deutschen Brüder am Rhein feiern das heutige Fest noch untrüb. In die Räume der deutschen Weihnachtstische am Rhein wird sich der starke Ton der französischen claironnie recht hörend gemischt haben. Aber auch unter den Widerständen in Ruin, Coblenz und Wiesbaden wird so etwas wie Hoffnung gewesen sein, daß bald andere Zeiten andeuten werden. Daß auch hier ein das Weihnachtstisch einer deutschen Freiheit gefeiert wird. Diese Hoffnung ist zwar ein recht mageres Geschenk auf dem Weihnachtstisch anderer deutscher Brüder. Aber besser war nicht zu bieten, dank den Seiten jenseits der Grenzen, die nicht wissen von weihnachtlicher Versöhnung.

Es kommt auch die Weihnachtstische des deutschen Volkes sehr klein und wenig reichlich ausgeschmückt, so gab es dennoch in diesem Jahre in all den Stufen des deutschen politischen Wandwerks, den Parlamenten und den Parteikonferenzen so etwas wie eine Stimmung einer Versöhnlichkeit und einer weihnachtlichen Einigkeit. In großen Zügen wenigstens. Im Grundton zumindestens. Das läßt sich nun auf keinen Fall abschreiben und auch nicht wegdiskutieren. Mit diesem kleinen, aber doch sehr wertvollen Präsent mag sich das deutsche Volk heute aufrieden geben.

Russische Drohungen gegen Südhina.

Bus Anschuldigungen gegen Rußland.

* London. Der Außenminister der Ranting-Regierung, Dr. Wu, hat, wie bereits kurz gemeldet, auf die Note Lichtschers geantwortet. Die der "Times"-Korrespondent in Schanghai meldet, erklärt der nationalistische Außenminister in seiner Antwort, die Nationalisten hätten leider feststellen müssen, daß die Sowjetkonsulate in China entgegen dem internationalen Brauch für andere als rein konsularische Zwecke benutzt würden, nämlich zur kommunistischen Propaganda, die die Sicherheit der Regierung wie auch des chinesischen Volkes gefährde. Es sei daher nötig gewesen, die Anerkennung der Sowjetkonsulate zurückzuziehen und die Konsulate auszuweisen. In Erwiderung auf die Erklärung Lichtschers, daß die Sowjetkonsulate keine kommunistische Propaganda in China betrieben hätten, erklärt Dr. Wu, daß die Nationalisten Dokumente aus dem Sowjetkonsulat in Kanton besäßen, die bewiesen, daß die Sowjetbeamten den Ruf nach Kanton heraufbeschworen hätten. Die Freundschaft, die die Nationalisten zu den Sowjets in der Vergangenheit gehabt hätten, habe auf dem Glauben beruht, daß es keine ihrer Politik sei, die Sowjetunion zu unterstützen. Die Ereignisse der letzten Wochen hätten aber bewiesen, daß Sowjetrußland sich bemühe, die chinesische nationalistiche Bewegung zu internationalisieren und die Absicht, China von Sowjetrußland abhängig zu machen. Der Selbstbehaltungstrieb verlange die Entfernung der in China befindlichen, zentralen sowjetischen Konsulate. Dr. Wu sagt hinzu, daß er bereits im Juni Sowjetrußland gemeldet habe, daß seine Vorstellungen über keine Wirkung gehabt hätten. Die Note schließt: "Indem wir zu diesen rein besessenen Maßnahmen greifen, ist es uns völlig gleichgültig, wenn wir damit einen Gefallen tun oder wenn wir Mißfallen bereiten". Der Sowjetgeneralkonsul in Schanghai wird Sonntagabend die Stadt verlassen. In Kanton finden noch immer Hinrichtungen von Kommunisten statt. Die verhafteten Russen sind mit Ausnahme von zwei wieder freigelassen worden. Unter den beiden noch Verhafteten befindet sich der russische Handelsvertreter in Kanton. Beide werden wahrscheinlich in den nächsten Tagen abgeschoben werden.

Stichtscherin kündigt „Strafmaßnahmen“ an.

Schwere Anklagen gegen England.

* Moskau. Die Presse veröffentlicht nachstehende von Stichtscherin unterzeichnete Erklärung des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten: "Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten hat bereits wiederholt feststellen müssen, daß wenn sich an irgend einem Orte des Erdballs eine Revolutionärbewegung entfaltet, die Gegner der Sowjetunion kündigt erklären, sei es von Agenten der Sowjetunion hervorgerufen worden. In Bezug auf China suchen nicht alle reaktionäre Presse, sondern auch Regierungsmitarbeiter kapitalistischer Länder schon längst die gesamte nationale Bewegung als ein Ergebnis der Sowjetpolitik und der Tätigkeit von Sowjetagenten hinzustellen. Diesen Weg schlugen die kommunistischen Generäle ein, die den gewaltigen Aufstand der revolutionären Arbeiter Kanton in Bluttropfen er-

tränkten. Während sie in den Straßen Kanton die Leichname zu Tode gefolterter Arbeiter zu Bergen türmten, gingen sie mit besonderer Geschäftigkeit gegen die in Kanton weilenden Sowjetbürger vor, die in erster Linie sich unter den zahllosen Opfern befinden. Noch haben genaue Angaben über die jüngsten Ereignisse in Kanton aus, doch können wir mit Gewißheit behaupten, daß eine Reihe Sowjetbürger in Kanton einen furchtbaren Tod nach verschiedenen Mißhandlungen gefunden hat. Ueber den tragischen Tod des Sowjetkonsuls Chassik liegen Nachrichten aus den verschiedensten Quellen vor, und an der Zuverlässigkeit dieser erschütternden Nachricht kann kaum ein Zweifel bestehen. Denn auch die Verbrechen der Kantoner Generale gegenüber der Sowjetunion unerhört schwer und groß sind, so kann doch die Verantwortung für diese nicht bloß auf Kanton beschränkt werden. Die politische Aktion der Kantonangenerale gegen die Sowjetunion und ihre Vertreter hat ganz Südhina erfasst, und die Kantoner Generale waren lediglich ihre stärkste Offenbarung. Die politische Verantwortung für diese Greuel fällt also allen führenden Persönlichkeiten des Gebietes der sogenannten Nationalregierungen zu. Nicht allein Tschangkaifwei und Wufing, die in Kanton vorgingen, sondern auch andere, wie Wufsching, Tschangkaifwei und Wufsching usw. sind Mitschuldige an diesen Verbrechen. Doch auch andere sowjetfeindliche Kräfte der Weltreaktion sind in diesem Falle verantwortlich. Die Greuelen seitens der imperialistischen und weihnachtlichen Gruppen in Schanghai, Hongkong und anderer sehr wichtiger Mittelpunkte der Kolonialpolitik in China und die ganz ungewöhnlich zutage tretende Anwesenheit von London, die sodann von Hochverrätern der englischen Presse bekräftigt wurde, haben die fast entscheidende Rolle bei der Entfesselung dieser Ereignisse gespielt. Die englische imperialistische Reaktion ist als die wichtigste treibende Kraft der Kantoner Bluttropfen und der an Sowjetbürgern verübten Greuelen, Morde und Ausweisungen zu erkennen. Die Vertikalen der Sowjetunion betrauern tief den tragischen Tod der Sowjets, die von den Denfern und Würgern der südhinesischen Konterrevolution zu Tode gefoltert wurden, doch ist ihr Mitleid nicht vergeblich geblieben. Das 400-Millionenvolk kann auf keinem Wege zur Freiheit nicht aufgehoben werden, und jene militärischen Eliten, die sich aus Führern der Nationalbewegung in ihre Bürger verwandelten, werden restlos hinweggefegt werden. Das befreite chinesische Volk wird die von seinen Unterdrückern hingemordeten Sowjetrußen nicht vergessen, und ihr Andenken wird die mit Blut zusammengeschweißten Völker zweier großer Staaten noch fester verknüpfen. Die Sowjetregierung erhebt in den unerhört barbarischen Akten der chinesischen Konterrevolution und der hinter ihr stehenden Kräfte den Ausdruck einer Offensive gegen die Sowjetunion. Zudem die Sowjetunion ihre Friedenspolitik fortsetzt, die in dem Abbruchvorsatz auf der Genfer Konferenz erneuten Ausdruck fand, ist sie zugleich an das Schicksal geknüpft und wird nicht unvorhergesehen überfallen werden. Im Namen der Sowjetregierung protestiert das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten vor der ganzen Welt gegen die Ausföhrungen der chinesischen Konterrevolution. Die Sowjetregierung behält sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig erachtet wird angesichts der heutigen Verbrechen, die in Südhina gegen die Sowjetunion verübt wurden. Diese beschließlichen Akte können nicht ungestraft bleiben."

Der Konflikt in der südhinesischen Hüttenindustrie.

* Dresden. Die gestrigen Verhandlungen zur Regelung der Differenzen in der südhinesischen Hüttenindustrie, die unter dem Vorsitz des Landesministers Ministerialrat Hans Rautenbach, haben nach sehr unruhigen Tagen, wie wir hören, zu keinem Ergebnis geführt, das eine Einigung der Parteien ermöglicht hätte. Demzufolge wird am 24. dieses Monats die Schlichterkommission, die aus vier Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht, wiederum unter dem Vorsitz des Ministerialrats Hans Rautenbach, am 24. demnächst zur Frage der Regelung eines Schiedsgerichtes Stellung zu nehmen. Es handelt sich wie bei der rheinisch-westfälischen Hüttenindustrie um die Regelung der Arbeitszeit und der damit zusammenhängenden Fragen. An der Bewegung sind in Sachsen etwa 10 000 Arbeiter beteiligt.

Die Hebungsarbeiten an der „S 4“.

Berlin. (Telunion). Wie ein Abendblatt aus Newport meldet, teilte der mit den Rettungsarbeiten des bei Kronprinzentom gesunkenen U-Bootes „S 4“ beauftragte Konteradmiral Franz Brumby offiziell mit, daß die gesamte Mannschaft des U-Bootes „S 4“ als verloren gelten muß. Die Wiederbelebungsversuche durch Luftaufhebung in den Torpedoraum seien ergebnislos verlaufen. Dessen ungeachtet werden die Hebungsarbeiten fortgesetzt, um das Schiff schnellstens zu bergen. Inzwischen sind die Marinehörden einer scharfen Kritik von allen Seiten ausgesetzt und ihr Stand ist erschwert durch die Behauptungen Sachverständiger, daß bei den Rettungsversuchen nicht alles mögliche getan worden sei.

Der neue Haushaltsplan.

mi. Berlin. Wie wir erfahren, ist der Haushaltsplan für 1928 gestern nachmittag dem Reichstag vorgelegt worden.

Die Reparationsfrage in der französischen Kammer.

* Paris. Die Kammer hielt gestern eine Nacht Sitzung ab, um sich mit dem vom Senat abgeordneten Budget von 1928 zu befassen.

In der allgemeinen Aussprache kommentierte der Gruppe Marx angehörende Abgeordnete Dubois (früheres Mitglied der Reparationskommission) die Artikel des französischen Senats Berenger über die Anwendung des Dawesplanes. Diese Artikel bewiesen, erklärte Dubois, die Unmöglichkeit, das Abkommen Mellon-Berenger zu ratifizieren. Betreffend des Berichts Barter Gilberts über die Ausführung des Dawesplanes suchte Dubois nachzuweisen, daß der Dawesplan nur ein neuer Zahlungsplan sei, der die Gesamtheit der Schuld Deutschlands, die am 22. April 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt worden sei, ändern könne.

Ministerpräsident Poincaré erklärte, was die Interpretation des Versailler Vertrages betreffe, so habe Dubois an der Kritik des Berichts Barter Gilberts Recht. Der Vertrag der deutschen Schuld sei von der Reparationskommission festgelegt worden. Die Reparationskommission selber habe nicht das Recht, diesen Betrag zu ändern. Nur die Regierungen würden in gemeinsamer Verhandlung den Betrag ändern können. Man habe eine Verwechslung begangen, der Gesamtbetrag der Annuitäten könne geändert werden, aber nicht der Gesamtbetrag der deutschen Schuld. Poincaré schloß mit der Erklärung, daß er bereits vorgestern an den Vorsitzenden der Reparationskommission geschrieben habe, damit hier keine Verwechslung eintreten könne.